

11. Berliner Sozialgipfel 2021 „Sozial? Gerecht? Solidarisch?“

Unter dem Motto „Sozial? Gerecht? Solidarisch?“ haben wir am 6. September als Berliner Sozialgipfel unsere sozialen Anforderungen an die Berliner Kandidaten für die Bundestagswahl gestellt. Zusammen mit Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden sowie dem Mieterverein beteiligten wir uns als SoVD Landesverband Berlin-Brandenburg an diesem Bündnis von Anfang an maßgeblich. Dies gibt uns die Möglichkeit, unsere Kräfte zu bündeln und damit unsere sozialpolitische Einflussnahme zu verstärken.

Auf dem Pariser Platz am Brandenburger Tor haben wir bei einer Podiumsdiskussion die Spitzenkandidat*innen der Berliner Parteien zu ihrer Sozialpolitik befragt: Kevin Kühnert (SPD), Ottilie Klein (CDU), Lisa Paus (Die Grünen), Petra Pau (Die Linke), Christoph Meyer (FDP). Als SoVD haben wir unsere Forderungen zur sozialen Sicherung eingebracht. Weitere Themen waren Gute Arbeit, Inklusion und Partizipation, Pflege, Kindergrundsicherung sowie Wohnen.

Im Rahmen des Berliner Sozialgipfel sind unsere Forderungen sowie die Antworten der Parteien wesentlich für unsere Stellungnahmen zu den Koalitionsverhandlungen, an denen wir uns beteiligen werden.

Sozialstaat und Soziale Sicherung

Unsere Positionen: Sozialstaat und soziale Sicherung dürfen nicht abgebaut, sondern müssen aufgebaut werden. (Dies gilt auch für die erheblichen Defizite und Nachholbedarfe bei der sozialen Infrastruktur, der sozialen Sicherung und den sonstigen Sozialleistungen.) Erforderlich dazu sind eine gerechte Steuerpolitik, insbesondere die Erhöhung der Spitzensteuersätze und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Erforderlich ist ebenfalls die Abschaffung der rigorosen Schuldenbremse im Grundgesetz.

Antworten der Parteien: Zu der Erhöhung der Spitzensteuersätze sowie der Wiedereinführung der Vermögenssteuer signalisierten SPD, Grüne und Linke Unterstützung. CDU und FDP wiederholten ihre bekannten Positionen mit der Ablehnung jeglicher Erhöhung von Steuern sowie das bekannte „Credo“ für die Förderung der wirtschaftlichen Wachstumskräfte insbesondere auch durch Einführung milliardenschwerer Steuererleichterungen. Besonders festzuhalten ist, dass es keine klaren Aussagen der Parteien zu unserer Forderung gab, die rigorose Schuldenbremse im Grundgesetz abzuschaffen.

Armut bei Arbeit und im Alter

Unsere Positionen: Zur Bekämpfung von Altersarmut sind ausreichende Rentenansprüche in der Erwerbsphase aufzubauen und bessere Rentenleistungen zu gewähren. (Die gesetzliche Altersrente muss wieder maßgeblich den Lebensstandard sichern. Zur Finanzierung ist sie zu einer Erwerbstätigenversicherung zunächst unter Einbeziehung von Selbständigen und Politikern auszubauen. Die kapitalorientierte Riesterrente hat sich nicht bewährt und die Benachteiligung der einkommensschwächeren Schichten noch vergrößert. Profitiert haben von der großzügigen steuerlichen Förderung der Riesterrente vor allem die Besserverdienenden.) Zu einer armutsfesten Rente gehören auch ein armutsfester Mindestlohn sowie die Stärkung der Tarifverträge. Erforderlich sind die beschleunigte Einführung der Grundrente sowie die Abschaffung der Einkommensanrechnung.

Antworten der Parteien: Breiten Raum in den Antworten der Parteienvertreter nahm unsere Forderung nach Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes ein. Während SPD und Grüne einen gesetzlichen Mindestlohn von 12 Euro in der Stunde befürworteten, wie auch das Berliner Sozialgipfelbündnis, favorisierte Die Linke 13 Euro. Dies entspricht auch unserer Forderung als SoVD und orientiert sich an der Armutsdefinition in der Europäischen Union von 60 Prozent des Mittleren Einkommens.

Bezüglich der Stabilisierung des Rentenniveaus gab es die bekannten unterschiedlichen Antworten.

- (Unsere Forderung nach dem Ein-Säulen-Modell einer auskömmlichen gesetzlichen Altersrente wurde nur von der Partei **Die Linke** unterstützt. Sie ging allerdings mit ihrer Forderung nach einer Mindestrente von 1.200 Euro weit darüber hinaus.
- Die **Grünen** haben sich für die Ergänzung der gesetzlichen Rente durch die Ansparung eines Kapitalfonds ausgesprochen. Ebenso wollen sie die Grundrente zu einer Garantierente weiterentwickeln.
- Die **SPD** will neben der Stabilisierung des Rentenniveaus auf 48 Prozent netto vor Steuern – mithin auf der heutigen Basis – eine Ergänzung durch Tarif-/ Betriebsrentenmodelle.)

Am weitesten geht die **FDP** mit ihrem Vorschlag einer Aktienrente, finanziert aus zwei Prozent der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung. Die gesetzliche Altersrente würde dann um diese Pflichtbeitragsanteile gekürzt.

Als Sozialgipfelbündnis mussten wir somit feststellen, dass wir mit unserer Forderung nach einer auskömmlichen gesetzlichen Altersrente in der Minderheit waren. Anders war es mit der Bereitschaft der Parteien, unsere Forderungen nach einer Erwerbstätigenversicherung unter Einbeziehung zunächst von Selbständigen nachzukommen. Dies gilt für SPD, Grüne und Linke, während dies von CDU und FDP abgelehnt wurde. Am weitesten gehen hierbei die Grünen mit ihrem Vorschlag der Einführung einer Bürgerversicherung – mithin der Einbeziehung aller Bürger*innen und weiterer Einkommensanteile zur Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung.

Zudem unterstützen **Grüne und Linke** unsere langjährige Forderung nach Einbeziehung der geringfügigen Beschäftigung in die Rentenversicherungspflicht.

Grundsicherung bei Arbeit und im Alter

Unsere Positionen: Die Grundsicherung bei Arbeit und im Alter muss über eine Erhöhung der Regelsätze eine ausreichende Lebensexistenz sowie gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Für Corona-Ausgaben sind mindestens 100 Euro zusätzlich pro Monat zu leisten.

Antworten der Parteien: Hierzu gab es Unterstützung von SPD, Grünen und Linken sowie die klare Ablehnung von CDU und FDP.

Inklusion, Barrierefreiheit, Kindergrundsicherung Unsere
 Positionen: Um Inklusion als Menschenrecht durchzusetzen, ist Partizipation der Menschen mit Behinderungen die Grundvoraussetzung. (Dies gilt für alle Arbeits- und Lebensbereiche einschließlich der Barrierefreiheit für Wohnen und Verkehr. Die Corona Pandemie sowie die jüngsten Flutkatastrophen haben die dringende Notwendigkeit von Barrierefreiheit bei den diesbezüglichen Schutzmaßnahmen deutlich gemacht.)

Antworten der Parteien: Für unsere Forderungen nach Barrierefreiheit für alle Arbeits- und Lebensbereiche gab es weitgehende Zustimmung der vertretenen Parteien. SPD, Grüne und Linke sprachen sich ausdrücklich für einen inklusiven Arbeitsmarkt aus. Dies gilt vor allem für die Erhöhung der Ausgleichsabgabe in Betrieben, die ihrer gesetzlichen Pflicht zur Beschäftigung Schwerbehinderter nicht nachkommen. Unterstützt wurde ebenfalls die Zahlung von Mindestlöhnen in den Werkstätten für behinderte Menschen. Besonders erwähnt wurde von den Grünen die Weiterentwicklung des

Teilhabe-Stärkungsgesetzes zu einem Inklusionsgesetz.

Unsere Positionen: Für Menschen mit Migrationshintergrund bedarf es gerade auch in öffentlichen Verwaltungen Barrierefreiheit, leichte Sprache sowie Dolmetscher*innen in Fremd- und Gebärdensprache.

Angemahnt wurde weiterhin ein zukunftsfähiges und gerechtes Konzept einer Kindergrundsicherung. Dies ist in Berlin besonders vordringlich, zumal jedes dritte Kind in einer Familie lebt, die auf Grundsicherung infolge Armut angewiesen ist.

Antworten der Parteien: Weitgehende Unterstützung von Barrierefreiheit und Inklusion in öffentlichen Verwaltungen. Bei der Kindergrundsicherung blieb es bei der bekannten Ablehnung von CDU und FDP. Die von ihnen ebenfalls gesehene Notwendigkeit einer besseren Förderung von Kindern wurde von ihnen vor allem auf steuerliche Maßnahmen ausgerichtet.

Wohnen

Unsere Positionen: Es sind rechtliche Rahmenbedingungen für eine wirksame Begrenzung der Wohnungsmieten zu schaffen. Der massive Anstieg der Wohnungskosten am Haushaltseinkommen führt gerade in einer solchen Mieterstadt wie Berlin dazu, dass die notwendigen Ausgaben insbesondere für Ernährung, Kleidung, Bildung, Kultur, Sport und Mobilität eingeschränkt werden müssen. Ebenso wurden Regelungen zur Begrenzung der Bodenpreise angemahnt. Dringend erforderlich ist die Förderung des sozialen und gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbaus.

Antworten der Parteien: Unterstützung von **SPD, Grünen, Linken** – Ablehnung eines gesetzlichen Mietendeckels durch **CDU und FDP**.

Berlin, 7. September 2021